

Die Gewerkschaften in der französischen Politik der Gegenwart

Von Clemens A. Wurm

Die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften, der staatlichen Macht und den politischen Parteien, die Frage nach dem Einfluß der Gewerkschaften in Staat und Gesellschaft sind in vielen Ländern, so auch in Frankreich, Gegenstand permanenter Kontroversen. Jenseits aller nationalen Unterschiede und Polemiken jedoch finden wir in den westlichen Industrieländern in verschiedenen Formen die gleiche Realität vor: Die Gewerkschaften sind wichtige Akteure des politischen und sozialen Lebens geworden. Sie sind eine wesentliche Voraussetzung für die Stabilität – oder Instabilität – der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ordnung. In sehr unterschiedlichem Maße und unterschiedlicher Weise bestimmen sie als innenpolitische Machtfaktoren die Geschicke eines Landes mit. Sie müssen im Kontext der jeweiligen politischen Gesamtordnung eines Landes analysiert werden.¹

Der Zugang zu den Gewerkschaften über die Politik erscheint besonders im französischen Fall fruchtbar. Die beiden größten Gewerkschaftszentralen verfolgen primär politische Strategien, die auf eine fundamentale Änderung der sozialen Ordnung abzielen. Durch historische Vorbelastungen der französischen Sozialgeschichte, durch die Schwäche der Gewerkschaftsverbände und den Widerstand der Unternehmer bedingt, sind die französischen Gewerkschaften zu politischem Handeln geradezu gezwungen worden. Da ihnen das ökonomische und soziale System weitgehend entgleitet, transferieren sie die Lösung ihrer Probleme auf die politische Ebene. Auch die in Frankreich traditionell bedeutsame Rolle des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft sowie im Bereich der Tarif- und Arbeitsbeziehungen läßt einen politischen Ansatz als ergiebig erscheinen. Um so erstaunlicher ist es, daß sich die französische Politikwissenschaft (im Unterschied zur Soziologie, Ökonomie, Rechts- und Geschichtswissenschaft) bisher kaum mit den Gewerkschaften beschäftigt hat.²

In ganz Westeuropa stellen sich heute die Gewerkschaften bohrende Fragen angesichts der Konsequenzen der großen Wirtschaftskrise und der Ergebnisse der Politik ihrer Regierungen. Die Gewerkschaften sind vital von dieser Krise betroffen: Inflation, hohe Arbeitslosigkeit, geringes Wachstum, die Restrukturierung des Arbeitsmarktes und der Arbeitskräfte unterminieren ihre Stärke; sie fördern die Fragmentierung der Arbeiterschaft und schwächen die Klassenolidarität; sie demobilisieren die Arbeitnehmer und lassen die gewerkschaftlichen Mitgliederzahlen sinken.

All diese Phänomene lassen sich auch im französischen Fall beobachten. Doch ist ein Unterschied auffallend. In vielen Ländern wie etwa in Großbritannien oder in der Bundesrepublik stehen die Gewerkschaften in scharfer Opposition zur Regierung. In Frankreich hingegen leitet seit 1981 eine sozialistisch-kommunistische Linksregierung die Geschicke des Landes. Die Beteiligung der Kommunisten an der Regierung, rein rechnerisch nicht erforderlich, da die Sozialisten über die absolute Mehrheit in der Nationalversammlung verfügen, dient wesentlich dem Zweck, von der stärksten französischen Gewerkschaft, der von den Kommunisten geführten CGT, die Tolerierung der Regierungspolitik zu erlangen. Eine für französische Verhältnisse neuartige Situation trat ein. Die Gewerkschaften erhielten größere Chancen als jemals zuvor in ihrer Geschichte, vom Staat gehört zu werden und eine Allianz mit diesem gegenüber dem Patronat, dem französischen Unternehmertum, zu bilden. Sie sahen sich einer Regierung gegenüber, die ihre Stellung in Staat und Gesellschaft aufzuwerten und sie zu privilegierten Gesprächspartnern zu machen suchte.

Zwei Fragen sollen in diesem Aufsatz untersucht werden:

- 1) Wie steht es mit der gewerkschaftlichen Macht – oder Ohnmacht – dem „pouvoir syndical“ in Frankreich; welches ist ihr politischer Einfluß; welches sind die Mittel gewerkschaftlicher Macht; wie sieht diese in der Demokratie, in den Betrieben aus; hat der Regierungswechsel den Gewerkschaften neue Wirkungsmöglichkeiten eröffnet?
- 2) Wie sind die französischen Gewerkschaften hinsichtlich der Interessenartikulation und -vermittlung einzuordnen? Kann man das Konzept des liberalen Korporatismus³ auf sie anwenden oder lassen sich ihre Aktivitäten eher mit einem traditionelleren Interaktionstyp zwischen Regierung und Interessengruppen wie dem pluralistischen Modell oder gar einem auf Frankreich anwendbaren „Protestmodell“⁴ kennzeichnen?

I. Charakteristika der französischen Gewerkschaften

Die französische Gewerkschaftsbewegung ist, das bildet ihr auffallendstes Kennzeichen, organisatorisch und ideologisch zersplittert. Es gibt allein auf nationaler Ebene 5 bzw. 6 getrennte, als repräsentativ anerkannte Dachverbände. Die französischen Gewerkschaften müssen ferner im Vergleich mit den deutschen, britischen oder schwedischen Gewerkschaften als ausgesprochen arm betrachtet werden. Ihre „konjekturale Streitmacht“ (B. Kulp) ist gering. In der vergleichenden Gewerkschaftsliteratur werden sie zum syndikalistischen, romanischen Modell weltanschaulich gebundener und organisatorisch getrennter Dachverbände gezählt. Typologisierende Darstellungen ordnen sie meist unter den Richtungsgewerkschaften ein. Hinsichtlich der Organisationsformen findet sich – im Unterschied zu Deutschland – eine Mischung aus Berufs- und Industriegewerkschaft (bei Dominanz des industriegewerkschaftlichen Prinzips). Bezüglich des gewerkschaftlichen Selbstverständnisses und des Stils der Durchsetzung von Forderungen werden sie vorwiegend zum klassenkämpferischen, konfliktorischen Typ gerechnet – im Unterschied zum sozialpartnerschaftlichen oder kooperativen Typ, der in Ländern mit einheitlichen Zentralorganisationen wie in Skandinavien, Österreich oder der Bundesrepublik vorherrscht. Ein weiteres hervorstechendes Merkmal ist die geringe Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer. Die Organisationsquote liegt bei lediglich 20–22 Prozent (zum Vergleich: Deutschland etwa 40 Prozent, Großbritannien: 45–50 Prozent, Italien: 50 Prozent, Schweden: 80 Prozent).⁵ Frankreich weist damit neben den USA die niedrigste Quote der kapitalistischen Industriestaaten überhaupt auf. Zudem ist die Mitgliederfluktuation überaus hoch. So erneuert sich rein rechnerisch die gesamte Mitgliedschaft der CGT alle 5–6, die der CFDT gar alle 4–5 Jahre. Die Verpflichtungsfähigkeit der Gewerkschaften ist u. a. von daher als begrenzt einzuschätzen.

Die Forschung hat für den niedrigen Organisationsgrad eine Reihe von Gründen benannt, ohne eine schlüssige theoretische Erklärung liefern zu können.⁶ Verwiesen wird auf die Feindschaft der Franzosen gegenüber intermediären gesellschaftlichen Kräften und den französischen Individualismus, auf den vehementen Widerstand der Unternehmer gegen die Gewerkschaften, auf den hohen Politisierungsgrad der beiden größten Gewerkschaftsbünde und auf die Wirtschafts- und Unternehmensstruktur des Landes mit ihrem hohen Anteil von Kleinbetrieben, die den Gewerkschaften und ihrer Entwicklung im Wege stünden. Einige vermuten einen engen Zusammenhang zwischen „politischer Konjunktur“ und Organisationsgrad (die Mitgliederzahlen gingen in die Höhe, wenn Aussicht auf politische Veränderung bestand).⁷ Andere Forscher wie etwa Gérard Adam wiederum behaupten, daß die Steigerung der Mitgliederzahlen überhaupt keine fundamentale Priorität für die Gewerkschaften darstelle, genauer: daß diese nicht bereit seien, den Preis für die in zahlreichen Ländern bestehenden „Anreiz- oder gar Zwangssysteme“ zugunsten der

Überblick über die französischen Gewerkschaften

Name	Gründungsjahr	Mitglieder 1983 (in 1 000)	Politische Tendenz	Schwerpunkte
CGT (Confédération générale du travail)	1895	2 000	kommunistisch	Metall, Baugewerbe, Druck, Papier, Gruben, Hafenarbeiter, öffentlicher Sektor (Elektrizität, Eisenbahnen, Post)
CFDT (Confédération française démocratique du travail)	1964	960	sozialistisch	Metall, Gesundheitswesen, Nahrungsmittel, Erziehung, Chemie, Transportwesen, Techniker
CGT-FO (Confédération générale du travail – Force ouvrière)	1948	1 100	reformistisch	öffentlicher Sektor, Banken, Versicherungen
CFTC (Confédération française des travailleurs chrétiens)	1919/1964	250	christlich, reformistisch	Kohlebergbau, Konfessionsschulen, Gesundheitswesen, Banken, Chemie
CGC (Confédération générale des cadres)	1944	350	gemäßigt, reformistisch, standesbewußt	leitende und mittlere Führungskräfte, Chemie, Metall, Energie
FEN (Fédération de l'éducation nationale)	1948	550	sozialistisch	Erziehung, Bildung, Wissenschaft
CSL (Confédération des syndicats libres)	1945	275	unternehmerfreundlich, „Hausgewerkschaft“, gaullistisch	Metall, bes. Automobil, verschiedene Einzelunternehmen

Quelle: Dieter Menyesch/Henrik Uterwedde, Frankreich. Wirtschaft – Gesellschaft – Politik, Opladen 1982, S. 117; René Mouriaux, Les syndicats dans la société française, Paris 1983; Gerard Adam, Le pouvoir syndical, Paris 1983; Le Monde, 9. 8. 1983, S. 13 (für die Mitgliederzahlen, die allerdings für die CGT zu hoch veranschlagt sind).

gewerkschaftlichen Organisierung (Organisationsgarantien wie etwa den „closed shop“ oder den „union shop“)⁸ zu zahlen. Der Stimmzettel, die Wahlen zu den gewerkschaftlichen Vertretungsorganen wie den Betriebsausschüssen oder den Arbeitsgerichten seien an die Stelle der Mitgliederzahlen getreten, um Aufschluß über die Stärke der Organisationen und ihre Verankerung in der Gesellschaft und bei den Arbeitnehmern zu geben.⁹ Für die Erklärung des niedrigen Organisationsgrades scheinen zwei Gründe besonders wichtig zu sein: (1) die relativ geringen sozialpolitischen Erfolge und Leistungen der französischen Gewerkschaften sowie (2) die gewerkschaftliche Zersplitterung, wobei ersteres z. T. auf (2) zurückzuführen ist. Der sozialpolitische Fortschritt in Frankreich beruht in viel höherem Maße als in Tarifvertragsländern wie etwa der Bundesrepublik auf gesetzlicher Basis. Er ist „mehr Ergebnis politischer als in engerem Sinne gewerkschaftlicher Aktion“.¹⁰ Die großen sozialen Durchbrüche in Frankreich wurden entweder erzielt, wenn eine Linksregierung die Geschicke des Landes bestimmte (1936 zur Zeit der Volksfrontregierung; 1944–1947; 1981) oder wenn Streiks oder eine breite spontane Massenbewegung, *die sich z. T. an den Gewerkschaften vorbei oder gegen sie formierte* (1936, 1968), die Regierung zum Handeln zwangen.¹¹

Die Bedeutung der Zersplitterung (also der zweite Grund) für die niedrige Organisationsquote zeigt sich darin, daß in der Vergangenheit die Mitgliedschaft hoch war, wenn sich die Gewerkschaftsbewegung einig zeigte. Als Folge von Spaltungen hingegen gingen die Zahlen stark zurück. Auch zeigen Umfragen unter den Arbeitnehmern, daß der Einheitsgedanke bei diesen stark verankert ist, daß die Zerstrittenheit und die Kämpfe der Gewerkschaften gegeneinander abschrecken und von gewerkschaftlicher Mitgliedschaft abhalten.

Der gewerkschaftliche Pluralismus läßt sich nur historisch-genetisch erklären. Vor allem zwei Faktoren sind wichtig: einmal die „parzellierte Struktur“ des französischen Kapitalismus mit ihrer großen Zahl kleiner Familienbetriebe und der bis in die 50er Jahre sehr allmähliche Industrialisierungsprozeß des Landes, die eine „zersplitterte Arbeiterschaft“ und eine „buntscheckige Vielfalt“ der Gewerkschaftsbewegung nach sich zogen.¹² Als zweiter Grund sind die politischen, ideologischen und gesellschaftlichen Spaltungen Frankreichs – wie diejenigen der Welt – zu nennen, die auch der französischen Gewerkschaftsbewegung ihre Trennungslinien auferlegt haben. Das französische Beispiel zeigt, daß man die Gewerkschaften im Kontext ihrer nationalen Gesellschaft und der internationalen Politik¹³ untersuchen muß. Von Aktionseinheiten auf lokaler oder betrieblicher Ebene abgesehen, stehen die französischen Gewerkschaften heute mehr denn je in scharfer Konkurrenz zueinander. Die schwere wirtschaftliche Krise hat die zwischengewerkschaftlichen Konflikte nicht unwesentlich verstärkt.

II. Die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und politischen Parteien

Im westeuropäischen Vergleich kann man vier Typen von Beziehungen zwischen Parteien und Gewerkschaften unterscheiden:¹⁴

1. Das leninistische Modell: Die kommunistische Partei als Avantgarde der Arbeiterklasse beherrscht die Gewerkschaft. Das Verhältnis zwischen der kommunistischen Partei Frankreichs und der CGT, der stärksten französischen Gewerkschaft, läßt sich diesem Modell zuordnen. Die Hegemonie der Partei wird einmal durch das Nebeneinander von Betriebszellen der Partei und Betriebssektionen der CGT, vor allem jedoch durch die personelle Verschränkung zwischen beiden Organisationen sichergestellt. Das Gewerkschaftsbüro besteht zur Hälfte aus Kommunisten; zwei seiner Mitglieder sitzen im Politbüro der Partei. Die mittlere Ebene der CGT – die Sekretäre der Einzelverbände und der

departmentalen Unionen – ist nahezu ausschließlich von Kommunisten besetzt. Auch kontrollieren diese weitestgehend den bürokratischen Apparat und das Innenleben der Gewerkschaft.

2. Es gibt das genau umgekehrte Modell: Die Gewerkschaft beherrscht weitgehend die Partei: Dies war und ist in Großbritannien im Verhältnis von Trades Union Congress (TUC) und Labour Party der Fall.

3. Zwischen sozialdemokratischer Partei und Gewerkschaften bestehen enge, häufig organische Verbindungen. Partei und Gewerkschaften betrachten sich als politischer und industrieller Flügel der Arbeiterschaft, eine Konstellation, die trotz gemeinsamer Grundfassungen häufige strategische und taktische Konflikte nicht ausschließt. Die Bundesrepublik, die skandinavischen Länder, Österreich oder auch die Niederlande sind diesem Typ zuzurechnen.

4. Das lateinische Modell: Hier betrachten sich die Gewerkschaften häufig selbst als politische Kraft oder treten in ideologische Konkurrenz zu den Parteien. Sie suchen die Verbindung zu einer Partei zu vermeiden, oder sie ziehen eine klare Trennungslinie zur Partei. Frankreich läßt sich – mit der wichtigsten Ausnahme des bereits genannten kommunistischen Blocks – im wesentlichen diesem Modell zurechnen.

Frankreich¹⁵ ging somit von Anfang an völlig andere Wege als die meisten mittel- und nordeuropäischen Länder. Der französische Sozialismus hat es in seiner Geschichte nie verstanden, eine enge Beziehung zu den Gewerkschaften herzustellen. Auch die ab 1969/71 von Mitterrand neu begründete Parti Socialiste ist weitgehend die Partei der neuen Mittelklassen und keine in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung fest verankerte politische Kraft.¹⁶

Einer der wesentlichen Gründe für diesen Sachverhalt ist im revolutionären Syndikalismus zu sehen, der nach übereinstimmender Meinung der Forschung die Ideologie der französischen Gewerkschaftsbewegung nachhaltig geprägt hat. Dieser fand seinen prägnantesten Ausdruck in der berühmten Charta von Amiens aus dem Jahre 1906, die eine strikte Trennung zwischen Gewerkschaften und jeder politischen Richtung oder Partei zog. Die Abwehrhaltung der Gewerkschaften und der Arbeitnehmer gegenüber den Parteien wiederum bewog die sozialistische Partei – gleichsam in dialektischer Umkehr – sich stärker an die Mittelschichten und das Kleinbürgertum anzulehnen. Wenn heute auch offiziöse Kontakte und offizielle Treffen¹⁷ zwischen den Vertretern der sozialistischen Partei und den den Sozialisten nahestehenden Gewerkschaften sowie die gleichzeitige Mitgliedschaft in beiden Organisationen häufig sind, so sind die Beziehungen doch höchst ambivalent geblieben. Inkompatibilitätsbestimmungen zwischen gewerkschaftlichem und politischem Mandat (CFDT) sowie die strikte Wahrung der gewerkschaftlichen Autonomie (FO) verhindern Ämterkumulierungen und die wechselseitige Penetration der Organisationen oder die kontinuierliche Abstimmung in politischen Fragen.

Das Pochen auf die gewerkschaftliche Autonomie und die Betonung der Unabhängigkeit von jeder Partei sind neben dem alten anarcho-syndikalistischen Geist auch auf die Präsenz einer starken kommunistischen Partei zurückzuführen, die sich die CGT unterordnete. Die übrigen französischen Gewerkschaften wollen auf keinen Fall in die Fußtapfen der CGT treten, sich vielmehr durch die Herausstellung der gewerkschaftlichen Autonomie, der parteipolitischen Neutralität und Blockfreiheit von dieser scharf abgrenzen.¹⁸ Die Eroberung der CGT durch die Kommunisten war der wesentliche Grund dafür, daß sich die reformistische FO 1947/48 von der CGT abspaltete.

Kennzeichnend für das Verhältnis von Parteien und Gewerkschaften in Frankreich – und wichtig für die Einschätzung der politischen Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften – ist ferner, daß die parlamentarische Repräsentation der Gewerkschaften – wie im

romanischen Gewerkschaftstyp generell – eine geringe Rolle spielt. „In französischen Studien zur Kandidatenrekrutierung wird die Gewerkschaftszugehörigkeit als Karrierevehikel nicht einmal erwähnt.“¹⁹ Auch für die Finanzierung der Parteien spielen sie keinerlei Rolle – im völligen Unterschied etwa zu Großbritannien, wo die Gewerkschaften die weit wichtigste Quelle der Finanzierung der Labour Party sind. Gewerkschaften, die wie etwa die reformistische FO bewußt den Zugang zu den Zentren der politischen Macht in Frankreich suchen, suchen ihn weniger auf dem Umweg über die Parteien: Sie wenden sich direkt an die staatliche Bürokratie oder an Mitglieder der Regierung.²⁰ Diese unmittelbare Form der Einflußnahme wird durch die reale Machtverteilung im politischen System der V. Republik begünstigt, die durch den eindeutigen Primat der Exekutive gegenüber der Legislative gekennzeichnet ist. Da der Einfluß der Parteien im politischen System der V. Republik vergleichsweise gering ist, sind sie als Einflußkanal und Ansprechpartner weniger interessant. Auch die sozialistische Partei spielt – trotz gewisser gegenwärtig zu beobachtender gegenläufiger Tendenzen²¹ – im wesentlichen die Rolle eines Transmissionsriemens gouvernementaler Entscheidungen („parti godillot“).

III. Die Stellung der Gewerkschaften in der Politik vor 1981

Die Gewerkschaften sind vornehmlich ein Phänomen der politischen Linken, und so überrascht es nicht, daß sie zu den konservativen Regierungen der V. Republik in Opposition standen. Unbestreitbar ist jedoch, daß die verschiedenen Regierungen – insbesondere die Gaullisten – mit unterschiedlicher Intensität versucht haben, die Gewerkschaften und die Arbeiter an die Politik der wirtschaftlichen Erneuerung des Landes heranzuführen und sie über verschiedene Anreize „von oben“ zu integrieren. Unbestreitbar ist auch, daß die Regierungen die Stellung der Gewerkschaften in der Gesellschaft und in den Institutionen gestärkt haben. Die Gewerkschaften waren und sind in einer Unzahl von Beiräten, paritätischen Ausschüssen und in „korporatistischen“ Gremien wie dem Wirtschafts- und Sozialrat oder den Planungskommissionen vertreten. Doch ist sehr fraglich, ob die Vertretung in den Institutionen mit einem parallelen Machtzuwachs verknüpft war, wie Gérard Adam und Jean-Daniel Reynaud anzunehmen scheinen,²² fraglich deswegen, weil diese Institutionen häufig nur geringe Kompetenzen besitzen und die konkreten Entscheidungen meist an anderer Stelle getroffen werden. Das Verhältnis – insbesondere der Linksgewerkschaften – zu vielen dieser Institutionen war und ist äußerst ambivalent. Sie betrachten sie eher als Bühne für die Darlegung ihrer Forderungen und als Medien, um wertvolle Informationen zu gewinnen. Die in den Planungskommissionen gemachten Erfahrungen bestärkten in der theoretisch gewonnenen Erkenntnis von einem strukturellen Ungleichgewicht zwischen Kapital und Arbeit: Nur die Industriellen, so die CGT, kennen die Geheimnisse der Industrie. Solange diese die Produktionsmittel besitzen und die Investitionsentscheidungen treffen, verfügen sie allein über die realen Hebel der Macht.

Der Zugang der Gewerkschaften zur politischen Macht blieb begrenzt. Schlüsselpositionen in Staat und Verwaltung nahmen sie nicht ein. In dieser Hinsicht blieben sie weiter in einer Getto-Position. Von der Regierung wurden sie nur in Krisenzeiten als wertvolle Gesprächspartner anerkannt, meist jedoch mit „faits accomplis“ konfrontiert. Im Prozeß der industriellen und wirtschaftlichen Planung waren sie mehr oder weniger isoliert.²³ In den Augen der höheren Beamtenschaft – und wohl auch der Mehrheit der Regierungsmitglieder – galten sie als „schlecht organisiert, gespalten und nicht repräsentativ“, als Organisationen, die nicht in der Lage seien, verlässliche und wertvolle Informationen zu geben und ihre Mitglieder auf ein Programm mit festen Absprachen zu verpflichten.²⁴ Ihr Anteil am wirtschafts- und sozialpolitischen Wandel Frankreichs in den 60er und 70er

Jahren muß als eher gering eingeschätzt werden. Dies war einmal eine bewußte Folge der Politik der Regierung, die enger mit der Industrie und den verschiedenen Fraktionen des Bürgertums zusammenarbeitete, eine Zusammenarbeit, die auf einem Kanon gemeinsamer Grundüberzeugungen wie dem Primat wirtschaftlicher Modernisierung und wirtschaftlichen Wachstums basierte und durch gleiche soziale Herkunft und gemeinsame Ausbildung in den gleichen Eliteschulen zusätzlich erleichtert wurde. Dies war auch eine Folge der Oppositionshaltung der Gewerkschaften, die dazu tendierten – so die CGT –, die Regierung als Werkzeug der „großen Monopole“ einzuschätzen, sich dem Vorwurf der Klassenkollaboration nicht aussetzen wollten und sich vornehmlich als „Gegenmacht“ (CGT, CFDT) oder „Gegengewicht“ (FO) zu Staat und Unternehmen betrachteten. Als Fazit bleibt festzuhalten: Trotz staatlicher Integrationszwänge, Partizipationsanreizen und Ansätzen zum sozialen Dialog (besonders unter der Regierung Jacques Chaban-Delmas 1969–1972, der, beraten vom heutigen Finanzminister Jacques Delors, auf die „politique contractuelle“ setzte) sahen sich die Gewerkschaften mehrheitlich ins Abseits gedrängt. Voll anerkannte Größen des politischen Lebens waren sie nicht. Die Regierungen zogen es vor, ihre Politik ohne die Konsultierung der Gewerkschaften zu formulieren und diese soweit wie möglich zu ignorieren.

IV. Machtwechsel 1981 als Wendepunkt?

Hat sich an dieser Konstellation mit der Wahl Mitterrands und der Bildung der sozialistisch-kommunistischen Regierung Grundlegendes geändert? Die hier vertretene These²⁵ lautet, daß seit der Übernahme der Macht durch die Linke 1981 zwei Phasen zu unterscheiden sind. Der Einschnitt ist die Kehrtwende in der Wirtschaftspolitik vom Juni 1982. Diesen beiden Abschnitten in der Wirtschaftspolitik entsprechen zwei unterschiedliche Phasen in der Stellung der Gewerkschaften in der französischen Politik. Unterschiedliche wirtschaftspolitische Prioritäten und Einfluß der Gewerkschaften stehen in ursächlichem Zusammenhang miteinander.

Die 1. Phase (Mai 1981 bis Juni 1982)

Mit dem Wahlsieg Mitterrands kam ein neues wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Konzept zum Zuge.²⁶ Die schwere Wirtschaftskrise des Landes, insbesondere die hohe Arbeitslosigkeit, sollte durch ein keynesianisches, nachfrageorientiertes Konjunkturbelebungsprogramm, durch „soziales Wachstum“ und die zügige Einleitung von Strukturreformen: durch Nationalisierung, Reform der Unternehmensverfassung, Dezentralisierung, Verkürzung der Arbeitszeit usw. überwunden werden. Auch die Beziehungen zwischen Staat, Gewerkschaft und Unternehmern sollten neu gestaltet werden. Die Regierung predigte den sozialen Dialog und wollte diesen gleichsam von oben institutionalisieren. Der verbreitete Widerstand der Unternehmer gegen Verhandlungen mit den Gewerkschaften sollte per Gesetz gebrochen, die Stellung der Gewerkschaften aufgewertet, das Machtungleichgewicht zwischen Gewerkschaften und Unternehmern stärker ausbalanciert werden. Die von der Regierung 1982 verabschiedeten, nach dem damaligen Arbeitsminister benannten 4 Auroux-Gesetze, die die bestehenden Institutionen der Arbeitnehmervertretung im Betrieb stärkten, deren Kompetenzen erweiterten und die Unternehmen zu jährlichen Verhandlungen über Effektivlöhne und Arbeitszeit verpflichteten,²⁷ dienten wesentlich diesem Zweck. Wir haben somit in Frankreich – freilich bei sehr unterschiedlicher Ausgangslage hinsichtlich der Tradition, des Charakters, des Einflusses, der Praktiken und der rechtlichen Stellung der Gewerkschaften – die genau umgekehrte Situation wie in Großbritannien, wo die Regierung durch gesetzliche Maßnahmen die Macht der Gewerkschaften zu beschneiden sucht.

Als Gegenleistung für diese Stärkung erwartete die französische Regierung von den Gewerkschaften eine freiwillige Selbstregulierung des Streiks und eine verantwortungsbewußtere, realistischere Haltung. Diese sollten feste Kontraktbeziehungen mit dem Staat und den Unternehmern eingehen. Es war ein Versuch, das französische, durch den Vorrang des Konflikts gekennzeichnete Modell der Sozialbeziehungen stärker in Richtung des kooperativen Musters und neo-korporatistischer Tendenzen zu verschieben.²⁸

Die erste Phase der Wirtschaftspolitik vom Mai 1981 – Juni 1982 sah die Gewerkschaften offensiv in den Vorschlägen und bei der Konzertierung mit der Regierung. Sie waren anerkannte Gesprächspartner. Die Gewerkschaften beeinflussten den sozialen Wandel. Die ersten Regierungsmaßnahmen gingen deutlich in die von ihnen gewünschte Richtung. Die Gewerkschaften – insbesondere die CFDT – plazierten – ein Novum für Frankreich – Mitglieder in Schlüsselpositionen am Elysée und bei einigen Ministerien. Einzelne Gesetzestexte, besonders die Gesetze über die neuen Rechte der Arbeitnehmer im Betrieb, nahmen Ideen der Gewerkschaften auf. Insbesondere die CFDT²⁹ und die FEN sahen ihre Position gestärkt, während die kommunistisch geführte CGT weit größere Schwierigkeiten hatte, gehört zu werden. Die reformistisch orientierten Gewerkschaften hingegen gingen aus unterschiedlichen Gründen auf vorsichtige Distanz zur Regierung; sie mißbilligten einzelne Maßnahmen und übten Kritik an der Regierungsbeteiligung der Kommunisten.

Die 2. Phase

Bekanntlich leitete die Regierung im Juni 1982 nach der zweiten Franc-Abwertung eine Kehrtwende in der Wirtschafts- und Finanzpolitik ein. Diese zweite Phase der Wirtschaftspolitik, die bis heute anhält, ist durch die Abkehr von der expansiven Politik des 1. Regierungsjahres gekennzeichnet. Die Prioritäten wurden deutlich verschoben: Inflationbekämpfung, Außenhandels-Gleichgewicht, die Eindämmung der sprunghaft angestiegenen öffentlichen Defizite und – in unserem Zusammenhang besonders wichtig – die Stärkung der Investitionskraft der Unternehmen rückten in den Vordergrund. Frankreich vollzog – wenn auch mit gewichtigen Unterschieden bei der Verteilung der sozialen Lasten – die Anpassung an die Austeritätspolitik der westlichen Industrieländer.

Wichtig ist nun, daß dieser Umschwung in der Wirtschaftspolitik nachhaltige Konsequenzen für die Stellung der Gewerkschaften hatte. Die 2. Phase – die „Politik der Strenge“ also – drängte die Gewerkschaften eindeutig in die Defensive: Ihre Macht wurde zurückgeschnitten auf die traditionelle Verteidigung alter oder gerade erworbener Rechte, die durch das Ausmaß der Krise bedroht sind. Gleichzeitig sahen sich die Unternehmen in ihrer Position gestärkt. Diese Konsequenz war zu erwarten: Eine Politik, die die Überwindung der Arbeitslosigkeit über die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und die Rückeroberung von Absatzmärkten statt über „soziales Wachstum“ anstrebt, muß automatisch die Gewichte zugunsten der Unternehmen verschieben. Der enge Zusammenhang zwischen der Macht der Unternehmen bzw. derjenigen der Gewerkschaften und der Regierungspolitik zeigt sich deutlich auf dem Lohnsektor: Der Unternehmerverband beruft sich bei seinem Widerstand gegen gewerkschaftliche Lohnforderungen ausdrücklich auf die Austeritätspolitik der Regierung. Diese biete die historische Chance, eine „beträchtliche Senkung“ der Löhne durchzusetzen.³⁰

Die Defensivposition der Gewerkschaften hat bisher bei diesen nicht zu einem völligen Rückzug oder zu einer rein negativen Haltung geführt. Auch ist die Anzahl der Streiks relativ niedrig.³¹ Außer der Gewerkschaft der Führungskräfte der Wirtschaft (CGC) hat bislang keine Gewerkschaft offen mit der Regierung brechen wollen.

Es wäre freilich falsch, den Rückgang gewerkschaftlichen Einflusses allein auf den Wandel in der Wirtschaftspolitik zurückzuführen. Meine These lautet vielmehr: Bereits die 1. Phase deckte schonungslos Schwächen der Gewerkschaften und ihrer Politik sowie den begrenzten Charakter ihrer Handlungsmöglichkeiten auf und endete für die Regierung mit einer Enttäuschung. Dies war ein wichtiger Grund dafür, daß die Konzertierung mit den Gewerkschaften zunehmend verkümmerte und die Regierung erneut zu autoritären Entscheidungen überging.

Der erhoffte soziale Dialog kam nicht zustande. Der Wunsch, den frei ausgehandelten Kontrakt an die Stelle des Gesetzes treten zu lassen, erwies sich als Fiktion. Der „New Deal“ zwischen Regierung und Gewerkschaften blieb aus. Die Gewerkschaften ließen es nach Ansicht führender Regierungsmitglieder an Verantwortungsbewußtsein – beispielsweise bei der Lohnpolitik und der Frage des vollen Lohnausgleichs bei der Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 39 Stunden – mangeln. Die Gewerkschaften erwiesen sich als eher schwache Gesprächspartner ohne Führungsvermögen. Ihr Verhältnis zur Regierung blieb ambivalent. Eine Stützung der Regierung ist mit dem traditionellen Selbstverständnis der Gewerkschaften als autonomer Kampforganisationen und ihrer langen Oppositionsrolle nur schwer vereinbar. Auch vermochten sie es nicht, abgestimmte Antworten auf die großen sozialen und ökonomischen Dossiers der Zeit zu geben. Der wiederholte Druck der Regierung auf die Gewerkschaften, sich im Vorfeld der politischen Konsultationen auf gemeinsame gewerkschaftliche Konzepte zu einigen,³² fruchtete wenig. Diese sah sich bei ihren verschiedenen Reformvorhaben stets mit einer Fülle höchst widersprüchlicher gewerkschaftlicher Vorschläge konfrontiert (auch und gerade bei so wichtigen Fragen wie der Reform der Unternehmensverfassung und der Verkürzung der Wochenarbeitszeit). Die Folge war, daß die Regierung zwischen den gewerkschaftlichen Anschauungen als Schiedsrichter fungieren mußte und sich dadurch die Kritik aller Gewerkschaften einhandelte, da diese ihre Forderungen ungenügend berücksichtigt sahen. Oder man diskutierte auf der Basis von Vorschlägen des Unternehmensverbandes, dem es die gewerkschaftliche Uneinigkeit allzuoft ermöglicht, die Initiative an sich zu reißen.

Angesichts der vielfachen Schwierigkeiten, die die Politik der Konzertierung mit sich brachte, suchte sich die Regierung von den negativen Folgen der gewerkschaftlichen Zersplitterung und der zwischengewerkschaftlichen Kontroversen zu befreien. Die Blockierung der Löhne und Preise, der Übergang zur Austeritätspolitik und der empfindliche Schnitt in die Kaufkraft (März 1983) wurden ohne Zustimmung der Gewerkschaften beschlossen.³³ Ähnlich war die Regierung bereits bei den Nationalisierungen verfahren. Der Dialog verkümmerte. Die autoritäre Regierungsentscheidung trat zunehmend an die Stelle der Konzertierung³⁴ – ganz in der Kontinuität früherer Regierungen und in der langen Tradition französischen Staatsverständnisses, wonach der Staat nicht Partner gesellschaftlicher Gruppen, sondern souverän ist, der Entscheidungen nicht aushandelt, sondern fällt. Diese Richtung war – neben der zum Dialog bereiten Richtung um Finanzminister Jacques Delors – von Anfang an in der Regierung stark vertreten. Sie hat vor allem in der hohen Beamtenschaft begeisterte Anhänger.

Die Ignorierung der Gewerkschaften wurde der Regierung auch dadurch erleichtert, weil diese den Gewerkschaften nur wenig schuldete. Zwar hatten die Arbeiter entscheidend als Wähler zum Sieg der Linken beigetragen, doch war dieser Sieg, wie ein Forscher bemerkt hat, nicht *wegen*, sondern *trotz* der Gewerkschaften zustande gekommen: Sie waren von den politischen Ereignissen völlig überrollt worden. Ihre Streitereien, Konflikte, ihre organisatorische Impotenz und Mobilisierungsschwäche waren in der Vergangenheit selten größer als am Vorabend jener entscheidenden Wahlen vom Mai – Juni 1981.³⁵

V. Einordnung der Gewerkschaften

Die vorhergehenden Ausführungen haben erkennen lassen, daß sich in Frankreich trotz Ansätzen korporatistische Politikstrukturen im Verhältnis zwischen Regierung, Gewerkschaften und Unternehmern nicht haben herausbilden können. Es ist sicher kein Zufall, daß das Konzept des liberalen Korporatismus, wie es z. B. in den angelsächsischen Ländern und in der Bundesrepublik diskutiert und verstanden wird, in die französische Wissenschaft kaum Eingang gefunden hat. In Frankreich versteht man unter Korporatismus vielmehr die kurzsichtige, egoistische Verfolgung enger, sektionaler Interessen auf Kosten des Nationalinteresses. Die französischen Gewerkschaften, so ist festzuhalten, sind keine institutionalisierten Teilnehmer am staatlichen Entscheidungsprozeß.³⁶ Allerdings fällt es schwer, ihre Aktivitäten positiv mit einem anderen Interaktionsmodell – etwa dem Pluralismus-Modell oder einem nach Ansicht einiger Forscher für Frankreich charakteristischen „Protestmodell“ – einheitlich zu kennzeichnen. Das Bild variiert sehr stark von Gewerkschaft zu Gewerkschaft. FO beispielsweise verhält sich wie eine klassische „pressure group“, die dem pluralistischen Typ entsprechend eine „Politik der Präsenz“ verfolgt und direkt Einfluß auf die Regierung zu nehmen sucht. Die CFDT hat sich diesem Interaktionsmodus – allerdings mit Vorbehalten – angenähert, doch geht sie darüber hinaus, wenn sie ideologisch und programmatisch Ansprüche wie eine politische Partei formuliert. Höchst widersprüchlich und schwankend ist die Haltung der CGT. Mal verhält sie sich wie eine typische Interessengruppe, die Vorschläge unterbreitet, um die staatliche Politik zu beeinflussen, mal agiert sie als reine Oppositionskraft, die durch Streiks, symbolische Aktionen und andere Formen des Protests ihrem Widerstand gegen die Politik der Regierung Ausdruck verleiht. Eine reibungslose Einordnung der CGT und der CFDT in das Pluralismusmodell fällt auch deswegen schwer, weil sie sich über bloße „pressure groups“ hinaus als Fackelträger einer künftigen sozialistischen Gesellschaftsordnung verstehen.

VI. Perspektiven der Gewerkschaften in Frankreich

Der Sieg der Linken 1981 bot den Gewerkschaften die unerhoffte Chance, ihre soziale Basis zu verbreitern sowie ihre rechtliche und institutionelle Verankerung in der Gesellschaft und in den Betrieben zu verstärken. Er hat jedoch trotzdem der Verschärfung der schweren „Krise“, in der sich insbesondere die linke französische Gewerkschaftsbewegung seit einigen Jahren befindet und die sich – wie in den meisten westeuropäischen Ländern auch – in sinkenden Mitgliederzahlen, geringer Mobilisierung der Basis und rückläufigen Ergebnissen bei den Sozialwahlen äußert, nicht Einhalt bieten können. Diese „crise syndicale“ ist in Frankreich nicht nur eine Folge der internationalen Wirtschaftskrise mit ihren disziplinierenden Wirkungen und der Einschränkung gewerkschaftlicher Handlungsspielräume. Sie ist auch eine Identitätskrise, verursacht durch den ungelösten Widerspruch zwischen revolutionärer Programmatik einerseits und reformistischer Praxis andererseits, zwischen dem Selbstverständnis der Gewerkschaften als unabhängige Kampforganisationen und den vom Staat ausgehenden Integrationszwängen.³⁷ Vor allem die Linksgewerkschaften leiden darunter, gleichzeitig Rückhalt der Regierung und deren Widersacher sein zu müssen.

Wie werden sich diese in Zukunft gegenüber der Regierung verhalten? Wahrscheinlich ist, daß sie zunehmend auf Distanz zu ihr gehen werden, aus zwei Gründen: Die Ära der Reformmaßnahmen, von denen die Gewerkschaften profitiert haben, scheint auch im sozialistisch regierten Frankreich vorbei. Die Prognosen lassen auf eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage schließen. Große industrielle Muta-

tionen mit schwerwiegenden Konsequenzen für die Beschäftigungslage sind unausweichlich. Eine Akzentuierung der Austeritätspolitik ist nicht ausgeschlossen. Dies läßt es ratsam erscheinen, sich nicht durch eine enge Verbindung mit der Regierung zu kompromittieren. Schließlich geben die Wahlen zu den gewerkschaftlichen Vertretungsorganen eine dramatische Verschiebung der Stärkeverhältnisse zwischen den Gewerkschaften zu erkennen: Diejenigen Gewerkschaften, die als der Regierung nahestehend eingeschätzt werden, haben hohe Verluste hinzunehmen. Dies betrifft vor allem die sozialistische CFDT und die kommunistisch geführte CGT. Umgekehrt setzen die der Regierung distanziert gegenüberstehenden Gewerkschaften wie die FO ihren Aufstieg fort.³⁸

Ein Ende der gewerkschaftlichen Vielfalt ist nicht abzusehen. Die Entwicklung zu einem sozialdemokratischen Modell in den Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften ist nahezu ausgeschlossen. Eine grundlegende Veränderung im Verhalten der Gewerkschaften gegenüber der Regierung kann dadurch eintreten, daß sich die kommunistische Partei zu einem Bruch mit den Sozialisten und der Regierung entscheidet. Dies würde tiefgreifende Wandlungen im Verhalten der CGT nach sich ziehen. Eine Ära sozialer Unruhen wäre nicht ausgeschlossen. Diese Periode könnte die fundamentale Schwäche der Sozialisten: nämlich ihre mangelnde Verankerung in der Arbeiterschaft und in den Betrieben schonungslos aufdecken.

Sicher freilich wäre eine Verschärfung der sozialen Kämpfe auch im Falle eines kommunistischen Kurswechsels nicht. Wirtschaftliche Krisen, das zeigen die Geschichte und die Streikforschung, haben auf die Gewerkschaften und die Arbeitnehmer eher demobilisierend gewirkt. Sie haben die politische Achse oft eher nach rechts statt nach links verschoben.

VII. Resümee

Abschließend sollen die drei wichtigsten Ergebnisse zusammengefaßt werden:

1. In Frankreich haben wir es mit einem relativ starken Staat, fragmentierten Gewerkschaften und einer Unternehmerschaft zu tun, die zumindest auf betrieblicher Ebene ihre Stärke zu bewahren vermochte. Die Einflußchancen der Gewerkschaften sind von daher sowohl im politischen wie auch im wirtschaftlich-sozialen Bereich eher gering. Die Zersplitterung, der niedrige Organisationsgrad und die schmale Finanzbasis sind schwerwiegende Handikaps. Die internationale Wirtschaftskrise hat ihre Wirkungsbedingungen weiter verschlechtert. Wichtige Säulen gewerkschaftlicher Macht in der Bundesrepublik wie etwa die Vertretung im Parlament, Mitbestimmung in den Betrieben oder personelle Verflechtung mit der Exekutive stehen ihnen nicht zur Verfügung. Sie werden überwiegend auch gar nicht angestrebt, z. T. vielmehr explizit abgelehnt. Dies deutet auf große Unterschiede im gewerkschaftlichen Selbstverständnis hin. Die unzureichenden Handlungsmöglichkeiten der französischen Gewerkschaften werden durch die ausgeprägtere Militanz sowie die größere Hingabe und Opferbereitschaft der gewerkschaftlichen Aktivisten nur ungenügend kompensiert.

Das französische Beispiel zeigt, daß entwickelte Industrienationen keineswegs starke Gewerkschaften haben müssen. Die Beschwörung der drohenden Gefahr eines „Gewerkschaftsstaates“ nimmt sich in französischer Perspektive unreal aus.

2. Unter der sozialistisch-kommunistischen Regierung war der Einfluß der Gewerkschaften in der 1. Phase nicht unerheblich. In der französischen Geschichte dürfte ihr Einfluß auf die Politik – vielleicht mit Ausnahme der Jahre 1945/46 – nie höher gewesen sein als während jener 13 Monate vom Mai 1981 bis Juni 1982. Er beruhte jedoch im wesentlichen auf der Absicht der Regierung, die sozialen Spielregeln zu ändern und die Gewerkschaften

an den gesellschaftspolitischen Entscheidungen zu beteiligen. Diese Periode sah die Gewerkschaften offensiv in den Vorschlägen und bei der Konzertierung. In der 2. Phase wurden die Gewerkschaften in die Defensive und auf die traditionelle Verteidigung alter oder gerade erworbener Rechte zurückgedrängt. Den zentralen Einschnitt bildet die Kehrtwende in der Wirtschaftspolitik der Regierung. Unterschiedliche Prioritäten in der Wirtschaftspolitik und Einfluß der Gewerkschaften stehen in ursächlichem Zusammenhang miteinander.

3. Korporatistische Problemlösungsstrategien, die die Gewerkschaften in die gesamtpolitische Verantwortung mit einzubeziehen suchen, haben in Frankreich angesichts der Ideologie und des Selbstverständnisses der Gewerkschaften, ihrer weltanschaulichen Fragmentierung, des niedrigen gewerkschaftlichen Organisationsgrades, ihrer geringen Verpflichtungsfähigkeit und ihres ambivalenten Verhältnisses zu den politischen Parteien sowie aufgrund der Haltung der Unternehmer gegenüber den Gewerkschaften und des Selbstverständnisses des Staates als Anwalt des Nationalinteresses wenig Aussicht auf Erfolg.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Hans Rühle/Hans-Joachim Veen (Hrsg.), Gewerkschaften in den Demokratien Westeuropas, 2 Bde., Paderborn 1983.
- 2 Siehe auch René Mouriaux, *La CGT*, Paris 1982, S. 232: „... la science politique ne jette le plus souvent qu'un œil condescendant sur le syndicalisme, son intérêt se portant presque exclusivement sur la vie des partis, les élections et les relations internationales“.
- 3 Zum Korporatismus vgl. als Einführungen Ulrich von Alemann/Rolf G. Heinze (Hrsg.), *Verbände und Staat. Vom Pluralismus zum Korporatismus. Analysen, Positionen, Dokumente*, Opladen 1979; Ulrich von Alemann (Hrsg.), *Neokorporatismus*, Frankfurt/New York 1981. Auf Vorzüge und Schwächen dieses Konzepts (mangelnde empirische Untermauerung, begriffliche Unschärfe, unklare Abgrenzung zum Pluralismus, wenig differenzierter Staatsbegriff . . .) soll hier nicht näher eingegangen werden. Wichtig die grundsätzlichen Einwände von Franz Lehner, *Pluralistische Interessenvermittlung und staatliche Handlungsfähigkeit: Eine ordnungspolitische Analyse*, in: Ulrich von Alemann/Erhard Forndran (Hrsg.), *Interessenvermittlung und Politik*, Opladen 1983, S. 102–115, hier S. 105–109.
- 4 Zum „Protestmodell“ (mit weiterer Literatur) Frank L. Wilson, *Alternative models of interest intermediation: The case of France*, in: *British Journal of Political Science* 12. 1982, S. 182–184; ders., *Les groupes d'intérêt dans la cinquième République. Test de trois modèles théoriques de l'interaction entre groupes et gouvernement*, in: *Revue Française de Science Politique* 33. 1983, S. 226–228.
- 5 Vgl. René Mouriaux, *Les syndicats dans la société française*, Paris 1983, S. 67; Gérard Adam, *Le pouvoir syndical*, Paris 1983; *Le Monde*, 9. 8. 1983, S. 13. Die einzelnen Prozentsätze weichen stark voneinander ab. Der geringe Organisationsgrad bildet die Grundlage für die Behauptung der Gegner gewerkschaftlicher Macht, die französischen Gewerkschaften seien nicht repräsentativ und nicht legitimiert, im Namen aller Arbeitnehmer zu sprechen. Demgegenüber können diese jedoch mit Recht darauf hinweisen, daß sie bei den Sozialwahlen und den Wahlen zu den verschiedenen gewerkschaftlichen Vertretungsorganen einen relativ hohen Zustimmungsgrad finden und der Anteil der Stimmenthaltungen sich in Grenzen hält.
- 6 Vgl. Wolfgang Jäger, *Gewerkschaften und Linksparteien in Frankreich*, in: Rühle/Veen (Hrsg.), *Gewerkschaften*, Bd. I, S. 97–99; René Mouriaux, *Les syndicats dans la société française*, Paris 1983, S. 68–70.
- 7 So Peter Jansen/Gerhard Kiersch, *Frankreich*, in: Siegfried Mielke (Hrsg.), *Internationales Gewerkschaftshandbuch*, Opladen 1983, S. 441–448, bes. S. 448.
- 8 Der „closed shop“ besteht in Frankreich nur bei den Druckern und Hafendarbeitern. Adam überbewertet m. E. die Bedeutung der Organisationsgarantien für die gewerkschaftliche Organisationsdichte. In Schweden beispielsweise gibt es nur wenige „union securities“, und doch ist dort der gewerkschaftliche Organisationsgrad sehr hoch.

- 9 Gérard Adam, *Le pouvoir syndical*, Paris 1983; ders., *Appartenance syndicale et carrière professionnelle*, in: *Pouvoirs*, no 26, Sept. 1983, S. 47–49.
- 10 Rudolf Steiert, *Die Gewerkschaften in der französischen Politik*, in: *Der Bürger im Staat* 28. 1978, S. 60.
- 11 Es ist daher auch voreilig, aus dem sozialpolitisch erreichten Standard Frankreichs auf gewerkschaftlichen Einfluß oder auf die „Funktionsfähigkeit des Verhandlungssystems“ zu schließen, wie das Claus Leggewie tut; ders., *Zur Entwicklung der französischen Gewerkschaften seit Beginn der 70er Jahre*, in: Detlev Albers (Hrsg.), *Westeuropäische Gewerkschaften. Krisenbewältigung im Vergleich*, Berlin 1982 (Argument-Sonderband AS 85), S. 31–55, hier S. 49.
- 12 Jansen/Kiersch, in: Mielke (Hrsg.) *Gewerkschaftshandbuch*, S. 437.
- 13 Dies gilt vor allem für die Spaltungen der sozialistischen Gewerkschafts-Familie und die Geschichte der CGT. Die internationale Politik (Teilung der Welt in ein kommunistisches und in ein kapitalistisches Lager) führte zur Abspaltung der CGT-U (1921) und der FO (1947/48) von der CGT. Der Kalte Krieg trug wesentlich zur völligen Isolierung und zur Gettosituation der CGT nach 1947 bei; die Außenpolitik de Gaulles hingegen (Lösung der Algerienfrage, Öffnung zur Sowjetunion . . .) und die Ansätze zur Entspannungspolitik bewirkten eine behutsame Heranführung der CGT an das politische System der V. Republik. Vgl. Claude Harmel, *La Confédération générale du Travail 1947–1981*, Paris 1982; René Mouriaux, *La CGT*, Paris 1982.
- 14 Vgl. auch Jack Hayward, *Trade union movements and their politico-economic environments: a preliminary framework*, in: *West European Politics* 3. 1980, S. 1–9; Alain Bergounioux, *Typologie des rapports syndicats – partis en Europe occidentale*, in: *Pouvoirs*, no. 26, Sept. 1983, S. 17–29; Jean-Daniel Reynaud, *Les syndicats en France*, Bd. I, Paris 1975, S. 278–285.
- 15 Ausgezeichnet zu den Gewerkschaften und Linksparteien in Frankreich Wolfgang Jäger, *Gewerkschaften*, in: Rühle/Veen (Hrsg.), *Gewerkschaften*, Bd. I, S. 23–114.
- 16 Zu den französischen Sozialisten siehe Hugues Portelli, *Le socialisme français tel qu'il est*, Paris 1980; Jacques Kergoat, *Le parti socialiste*, Paris 1983; wie immer anregend und kenntnisreich Gilbert Ziebur, *Sozialisten oder Sozialdemokraten? Porträt der Sozialistischen Partei Frankreichs*, in: *Zukunft*, Jänner 1982, S. 18–22; ferner (mit der weiteren Literatur) Claus Leggewie, *Realer Sozialismus im Westen? Sozialistische und Kommunistische Partei Frankreichs. Geschichte, Ideologie, Soziologie (Teil I)*, in: *PVS-Literatur* 1/83, S. 40–51; zu den Kommunisten ders., *PVS-Literatur* 2/83, S. 146–162.
- 17 So hat die sozialistische Partei im April–Mai 1983 Konsultationsgespräche mit den einzelnen Gewerkschaften geführt und „Arbeitsgruppen“ eingerichtet, um gegenseitige Mißverständnisse auszuräumen und die beiderseitigen Beziehungen zu verbessern. Zwischen CFDT und sozialistischer Partei war eine solche Arbeitsgruppe bereits 1982 eingerichtet worden. Vgl. *Le Monde*, 22. 4. 1983, S. 27; 29. 4. 1983, S. 29; 22.–23. 5. 1983, S. 1/12. Welche Bedeutung diese Arbeitsgruppen tatsächlich haben, läßt sich nicht sagen. Anzunehmen ist, daß ihr Stellenwert gering ist. Der sozialistischen Partei, von der die Initiative ausgegangen war, ging es darum, die nach dem am 25. 3. 1983 vom Kabinett beschlossenen einschneidenden Sparprogramm aufgeflammete Kritik der Gewerkschaften an der Regierung zu dämpfen und die Gewerkschaften auf einen Verhaltenskodex gegenüber der Regierung festzulegen.
- 18 Georges Lavau, *The changing relations between trade unions and working-class parties in France*, in: *Government and Opposition* 13. 1978, S. 437–457. Dies gilt besonders für die CFDT und FO.
- 19 Klaus von Beyme, *Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen in kapitalistischen Ländern*, München 1977, S. 223.
- 20 Alain Bergounioux, *Force ouvrière*, Paris 1975; ders., *Force ouvrière*. Paris 1982.
- 21 Adolf Kimmel, *Mitterrands Regiment: Wandlungen französischer Präsidentschaftspraxis nach der „Alternance“?*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 14. 1983, S. 292–298; anders Günter Trautmann, *Von der Oppositionspartei zur Regierungspartei – Die präsidentielle Einbindung der Sozialistischen Partei (PS) und der Kommunistischen Partei (PCF) seit 1981*; in: ebd., S. 256–259.
- 22 Gérard Adam, *Le pouvoir syndical. Préface de Jean-Daniel Reynaud*, Paris 1983.
- 23 Stephen S. Cohen, *Modern capitalist planning: The French model*, Cambridge (Mass.) 1969, S. 189 ff.; John McArthur/Bruce R. Scott, *Industrial planning in France*, Boston 1969; Ezra N. Suleiman, *Industrial policy formulation in France*, in: Steven J. Warnecke/Ezra N. Suleiman (Hrsg.), *Industrial policies in Western Europe*, New York 1975, S. 23–42.

- 24 So Martin A. Schain, *Corporatism and industrial relations in France*, in: Philip G. Cerny/Martin A. Schain (Hrsg.), *French politics and public policy*, London 1980, S. 191–217, hier S. 207, im Anschluß an Ezra N. Suleiman, *Politics, power and bureaucracy in France*, Princeton, N. J. 1974, S. 341. – Allgemein zur Stellung der Gewerkschaften in der V. Republik Winfried Vahl, *Die französischen Arbeitergewerkschaften CGT, CGT-FO und CFDT (CFTC) im politischen System der Fünften Republik, 1958–1969*, Diss. rer. pol. Köln 1974.
- 25 Dies im Anschluß an Michel Noblecourt, *Le pouvoir syndical en France depuis mai 1981*, in: *Pouvoirs*, no. 26, Sept. 1983, S. 101–108. (Das gesamte Heft 26 der Zeitschrift ist dem Thema des „pouvoir syndical“ gewidmet.)
- 26 Zur Wirtschafts- und Sozialpolitik der Linken vgl. die Skizzen von Henrik Uterwedde, *Sozialistische Wirtschaftspolitik auf dem Prüfstand*, in: *Dokumente* 39. 1983, S. 125–132; Georg Simonis, *Frankreichs sozialistische Reformpolitik unter den Restriktionen des internationalen Systems*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 14. 1983, S. 261–267; Henrik Uterwedde, *Konturen der neuen Sozialpolitik*, in: ebd., S. 277–283.
- 27 Jean Auroux, *Les droits des travailleurs (rapport au président de la République et au premier ministre)*, Paris 1981; Jean-Claude Javillier, *Les réformes du droit du travail depuis le 10 mai 1981*; Paris 1982; Jean-Maurice Verdier, *Le pouvoir syndical dans l'entreprise*, in: *Pouvoirs*, no. 26, Sept. 1983, S. 55–67; *Le Monde*, *Les nouveaux droits des travailleurs*, Paris 1983.
- 28 Vgl. auch Andrew Cox/Jack Hayward, *The inapplicability of the corporatist model in Britain and France. The case of labor*, in: *International Political Science Review* 4. 1983, S. 235.
- 29 Vgl. auch Hubert Landier, *Vers un renforcement du corporatisme syndical*, in: *La France socialiste. Un premier bilan. Préface de Michel Massenet*, Paris 1983, S. 352 f.
- 30 Vgl. *Le Monde*, 20. 10. 1983, S. 30 (Erklärung des Präsidenten des Unternehmerverbandes *Conseil National du Patronat Français*, Yvon Gattaz). Zur Defensivposition der Gewerkschaften und der Offensive der Unternehmer siehe auch die Artikel von Michel Noblecourt, in: *Le Monde*, 4./5. 12. 1983, S. 16; 18. 1. 1984, S. 37.
- 31 Siehe Jean Dubois, *La conjoncture sociale*, in: *Projet* 178/1983, S. 913–915; Jacques Kergoat, in: *Le Monde*, 10. 1. 1984, S. 16.
- 32 Siehe etwa die Bemerkungen von Bernhard Brunhes, damals Berater des Ministerpräsidenten in sozialen Fragen, und von Jacques Chérèque, dem stellvertretenden Generalsekretär der CFDT, auf einem von der Zeitschrift *cfdt Aujourd'hui* im Oktober 1982 organisierten Kolloquium; *cfdt Aujourd'hui*, *Changement social en France et en Europe?*, Paris 1982, S. 133, 149.
- 33 Allerdings hatten führende Gewerkschaftsvertreter wie Edmond Maire (CFDT) und André Bergeron (FO) von der Regierung in der 1. Phase der Wirtschaftspolitik mehr „Wahrheit“ und „Realismus“ verlangt.
- 34 Freilich betonen einige Minister und der Regierungschef weiterhin, auf den sozialen Dialog, die Konzertierung und die „politique contractuelle“ zu setzen; vgl. etwa Pierre Bérégovoy (Minister für soziale Fragen und nationale Solidarität), *Emploi, solidarité, dialogue social*, in: *Le Monde*, 14. 12. 1983, S. 36; ferner das Schreiben von Ministerpräsident Pierre Mauroy an die Minister und Staatssekretäre vom 31. 12. 1983; *Le Monde*, 6. 1. 1984, S. 24. Dies ist jedoch wenig glaubwürdig. Der Regierung geht es in erster Linie darum, mit den Gewerkschaften über die Konsequenzen ihrer Entscheidungen sowie deren konkrete Umsetzung zu sprechen und auf diese Weise die möglichst reibungslose Durchführung ihrer Politik sicherzustellen. Der „politique contractuelle“ setzt sie durch ihre Vorgaben – z. B. im Lohnbereich – einen sehr engen Rahmen.
- 35 Georg Ross, *French labor and economic change*, in: Stephen S. Cohen/Peter A. Gourevitch (Hrsg.), *France in the troubled world economy*, London 1982, S. 175.
- 36 So auch Jäger, *Gewerkschaften und Linksparteien in Frankreich*, in: Rühle/Veen (Hrsg.), *Gewerkschaften*, Bd. I, S. 99–101.
- 37 Vgl. auch Jansen/Kiersch, *Frankreich*, in: Mielke (Hrsg.), *Gewerkschaftshandbuch*, S. 465.
- 38 Zu den Wahlen der Beisitzer zu den Schiedsinstanzen der Arbeitsgerichte vom Dezember 1982 und den Wahlen zu den Kassen der Sozial- und Krankenversicherung vom Oktober 1983 vgl. Pierre Martin, *Les élections prud'homales de décembre 1982*, in: *Pouvoirs*, no. 26, Sept. 1983, S. 125–131; *Le Monde*, 21. 10. 1983, S. 1, 33–38. In der Tendenz ähnliche Ergebnisse weisen die Wahlen zu den betrieblichen Interessenvertretungen (Betriebsausschüsse) auf. Über die Wahlen der Personaldelegierten werden keine offiziellen Statistiken geführt.